

Energiestrategie 2050: Wer soll das bezahlen?

Noch wäre Zeit, das Steuer rumzureissen. Allerdings sieht es diesbezüglich eher schlecht aus. Denn geht es nach der Mehrheit der vorberatenden Kommission im Nationalrat, wird die Schweiz in den nächsten Jahren Milliarden in einen nicht realisierbaren Traum investieren. Was der Schweizer Bevölkerung als «Energiewende» präsentiert wird, ist in Wirklichkeit Ausdruck grosser Ratlosigkeit.

Von der vormaligen 4-Säulen-Strategie zur Energieversorgung unseres Landes sind zwei Säulen eingestürzt. Nun steht das ganze Haus schief. Die Förderung von erneuerbaren Energien (Säule 1) und die Bemühungen um Energieeffizienz (Säule 2) waren bereits in der Energiestrategie von 2007 wichtige Bestandteile. Zusätzlich standen damals der Bau oder Ersatz grosser Kraftwerke (Säule 3) und die internationale Einbindung (Säule 4) im Fokus. Diese Säulen wurden im emotionalen Eifer nach den tragischen Ereignissen in Fukushima abgebaut. Nun verbleibt noch die Hoffnung auf die neuen Erneuerbaren und die Vision einer autarken Energieregion Schweiz. Ein Plan, der notabene unmöglich aufgehen kann.

Deutlich über 100 Milliarden werden wir gemäss den neusten Erkenntnissen der Studiengruppe zur Energiepolitik des liberalen Instituts in dieses äusserst wacklige 2-Säulen-Haus investieren. Und was kriegen wir dafür? Sinkende Versorgungssicherheit, steigende Energiepreise, zunehmende Auslandsabhängigkeit, abnehmende Wettbewerbsfähigkeit und – das ist das Allerschlimmste – eine steigende Umweltbelastung wegen erhöhtem CO₂-Ausstoss.

Es versteht sich von selbst, dass diese Rechnung niemand begleichen möchte. Klar ist aber auch, dass jemand die über 100 Milliarden bezahlen MUSS. Wer das sein wird, zeichnet sich ab: die Industrie und die Konsumenten. Die Industrie, weil sie höhere Strompreise für ihre Produktion zu berappen hat und damit massiv an Wettbewerbsfähigkeit einbüsst. Die Konsumenten, weil sie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unter einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes leiden werden. Und zusätzlich als Haushalte und Verkehrsteilnehmer, die den erhöhten CO₂-Ausstoss bei der Stromproduktion durch eine Reduktion bei den Gebäuden und der Mobilität kompensieren müssen.